

WIENER BÖRSEKAMMER

Z. 8792/88

Wipplingerstraße 34
A-1011 WienTelefon: (0222) 53 499-0
Telegramme: Börsekammer, Wien
Stock Exchange, WienTelefax: 535 6857
Telex: 132447 wbk a

Wien, am 5. September 1989

Herrn
Rudolf Pöder
Präsident des NationalratesDr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Dr. P. Pöder

Betrifft	GESETZENTWURF
Z:	65 - GEZ. 88
Datum:	11. SEP. 1989
Verteilt:	15.9.89 M. K. H. H.

Betrifft: Bundesgesetz über die Wertpapier- und allgemeinen
Warenbörsen und über die Abänderung des Börsen-
sale-Gesetzes 1949 und der Börsegesetz-Novelle 1903
(Börsegesetz - BörseG)
GZ. 24 1001/48-V/14/89 BMF

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Beilage erlaubt sich die Wiener Börsekammer,
25 Abzüge der Stellungnahme zum obgenannten Gesetzesentwurf
zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

WIENER BÖRSEKAMMER

[Signature] Präsident *[Signature]* Generalsekretär

Beilage

Ä u ß e r u n g

der

Wiener Börsekammer

zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die
Wertpapier- und allgemeinen Warenbörsen

I. A b w ä g u n g

öffentlich-rechtliche Körperschaft oder
privater Börseverein

A öffentlich-rechtliche Börsenorganisation

Folgende Erwägungen sprechen für die öffentlich-rechtliche Organisationsform:

1. Einfachheit der Verwaltung

Die Wiener Börsekammer wurde bereits seit Jahrzehnten in der Verwaltungspraxis und in der Rechtssprechung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts als öffentlich-rechtliche Körperschaft angesehen, weil ihr insbesondere bei der Zulassung der Mitglieder und der Handelsaufsicht hoheitliche Befugnisse zukommen. Der gegen die Bescheide der Börsekammer offenstehende Verwaltungsweg stellt nicht nur eine wirksame Rechtskontrolle dar, sondern ist auch insgesamt für beide Beteiligten weitaus billiger (kein Rechtsanwaltszwang, keine bzw. nur sehr geringe Gebühren). Bei einer privatrechtlichen Organisation müßten Rechtsstreitigkeiten vor Zivilgerichten ausgetragen werden.

Wenn auch die privatrechtliche Organisation der Börseleitung die Möglichkeit gäbe, Organisation und Handelsbedingungen frei und ohne strenge bundesgesetzliche Determination zu gestalten, so ist dies sicherlich nicht im Sinne eines verstärkten Anlegerschutzes und der Rechtsstaatlichkeit.

2. Einheitlicher Kapitalmarkt

Wird die Börse nicht durch Bundesgesetz errichtet, sondern durch privatrechtlich organisierte Börsenvereine gegründet, dann haben solche Vereine einen Anspruch auf Zulassung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt werden. Damit wäre es rechtlich leicht möglich, in Österreich neue Börsen zu gründen, wodurch es z. B. zur Errichtung von weiteren Wertpapierbörsen in Landeshauptstädten kommen könnte.

Trotz der in den letzten Jahren stark gestiegenen Marktkapitalisation des Aktienmarktes der Wiener Börse sowie der Umsatzsteigerungen ist aber die Wiener Börse, verglichen mit den Hauptbörsen anderer Länder, noch immer eine der kleinsten der Welt und reicht an die vergleichbaren Kleinstaaten wie der Schweiz oder der Niederlande bei weitem nicht heran. Selbst die Börsen von Oslo und Helsinki liegen, nach Marktkapitalisation und Umsatz betrachtet, vor Wien. Gemessen an den volkswirtschaftlichen Daten Österreichs (Bruttonationalprodukt, Geldkapitalisation etc.) ist die Wiener Börse insbesondere als Aktienmarkt noch immer zurückgeblieben. Schon aus diesem Grund sind weitere Börsegründungen volkswirtschaftlich nicht sinnvoll.

Nun verfügen zwar viele Länder über mehrere Börsen (Regionalbörsen), doch gab und gibt es überall Bestrebungen, das Börsegeschäft auf eine Börse zu konzentrieren, um einen international bedeutsamen und konkurrenzfähigen Finanzplatz zu schaffen. So wurden z. B. in Großbritannien die Regionalbörsen mit der Londoner Börse vereinigt, die Australischen Börsen zur Australian Stock Exchange zusammengefaßt etc.. Selbst in der Schweiz mehrten sich in letzter Zeit Stimmen, die die Verteilung des Wertpapierhandels auf die drei großen Schweizer Börsen (Zürich, Basel, Genf) als schweren Nachteil für den Finanzplatz Schweiz ansehen. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Banken im Begriff, mit dem System IBIS auf Computerbasis zu einer deutschen Börse zu kommen, nachdem die Schaffung eines einzigen Börseplatzes in Frankfurt aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Regionalbörsen als überholt angesehen werden und zum Teil bereits abgeschafft wurden. Für das österreichische Bundesgebiet gab es nie mehr als eine Wertpapierbörse, so daß die Errichtung weiterer Börsen, insbesondere auch wegen der heute im Wertpapierhandel üblichen Telekommunikation, nicht zeitgemäß und sinnvoll wäre. Die ohnedies noch nicht sehr große internationale Bedeutung des Finanzplatzes Wien würde dadurch noch gemindert.

3. Verbindung von Kassa- und Optionenmarkt

Was die Einrichtung von Spezialbörsen z. B. für Optionen etc. betrifft, ist folgendes zu bedenken: Der moderne Handel in Optionen und Financial-Futures wurde Anfang der siebziger Jahre an den Warenterminbörsen in Chicago entwickelt. Dies ist der Grund, warum Optionen und Futures in Chicago gehandelt werden, obwohl der Kassamarkt für amerikanische Aktien in New York liegt. Für Optionen- und Futureshandel ist nun die Aufsichtsbehörde der Warenterminbörse zuständig und nicht die SEC. Beim Börsenkrach vom Oktober 1987 hat sich die historisch entstandene organisatorische Trennung als sehr nachteilig erwiesen. Es kam danach auch zu gegenseitigen Schuldzuweisungen der Börseleitungen und man bemüht sich nun, eine einheitliche Börsenaufsicht zu schaffen sowie Handelszeiten und Handelsbedingungen (z. B. Handelsaussetzungen) zwischen den Börsen zu vereinheitlichen. Da in Österreich ein moderner Optionen- und Futureshandel erst geschaffen werden soll, sollte aus diesen Vorkommnissen die Lehre gezogen und Kassa- und Optionshandel in einer Börsenorganisation vereinigt werden.

Die Gründung eigener Optionenbörsen in der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland auf Computerbasis ist nicht deshalb erfolgt, weil diese besser sind (die SOFFEX gibt selbst zu, daß eine Optionsbörse à la criée, wie MATIF in Paris oder LIFFE in London, billiger wäre), sondern weil es von föderalistischen Gegebenheiten diktiert war. Eine Einigung aller Börsen des Landes, den Optionenhandel z. B. an der

Börse in Zürich oder in Frankfurt einzurichten, war ausichtslos. Dieses Argument fällt jedoch für Österreich weg.

4. Freiheit des Wertpapierhandels

Auch wenn es in Österreich auch in Zukunft nur eine Börse gäbe, so hat diese deswegen keineswegs ein Handelsmonopol. Es gibt in Österreich keinen Börsezwang und daher - bedingt durch die moderne Telekommunikation - einen ebenfalls immer stärkeren außerbörslichen Wertpapierhandel, der eine starke Konkurrenz für den Börsehandel darstellt. Durch diese Konkurrenz muß auch die Wiener Börse bemüht sein, bei ihren Spesen, ihrem Abrechnungssystem etc. für den Wertpapierhandel attraktiv zu bleiben.

B privatrechtliche Börsenorganisation

Eine privatrechtliche Konstruktion des Börsenträgers ist nur dann von Vorteil, wenn vier Grundfreiheiten gegeben sind, nämlich:

- a) Freiheit bei der Statutengestaltung,
- b) Freiheit bei der Mitgliederaufnahme,
- c) Freiheit bei der Festsetzung der Handelsbedingungen,
- d) Freiheit bei der Zulassung von Verkehrsgegenständen.

Von diesen Freiheiten ist lediglich die erste im Entwurf des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten halbwegs gesichert; die drei anderen sind jedoch nicht gewährleistet.

1. Freiheit der Mitgliederaufnahme

In Deutschland sind Börsenträgervereine sowohl öffentlich-rechtliche Organisationen (Handelskammern, so z.B. in Frankfurt) als auch privatrechtliche Börsenvereine (so z.B. in München). Dennoch werden die Börsen, unabhängig vom Trägerverein, als öffentlich-rechtliche Gebilde eigener Art angesehen, ohne selbst Rechtssubjekt zu sein (sie gehören näm-

lich zu den nicht rechtsfähigen Anstalten des öffentlichen Rechtes). ¹⁾ Die fehlende Rechtsfähigkeit ist aber unwesentlich, weil sie für den Anstaltsbegriff nicht erforderlich ist; das öffentliche Anstaltsrecht gilt auch für die nicht rechtsfähige Anstalt.

Der Börsenvorstand wird als Behörde im verwaltungsrechtlichen Sinn aufgefaßt. ²⁾

Demgemäß wird gegen die Nichtzulassung als Besucher einer Börse in Deutschland der Verwaltungsweg eröffnet. ³⁾

Somit werden auch nach dem Gesetzesentwurf des Wirtschaftsministeriums in Hinkunft Streitigkeiten über die Zulassung von Mitgliedern im Verwaltungsweg ausgetragen werden und wird nach wie vor die Börse nicht die Möglichkeit haben, die Zahl der Mitglieder zu beschränken, weil der Verfassungsgerichtshof Art. 6 B-VG ins Spiel bringen wird.

2. Freiheit der Festsetzung von Handelsbedingungen

Die Handelsbedingungen sind zwingend und verpflichten damit alle Börseteilnehmer. Für Eingriffe in die Rechts- und Freiheitssphäre natürlicher oder juristischer Personen gilt nach der deutschen Lehre das Gebot der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung. Danach muß ein den Betroffenen verpflichtender Akt der Verwaltungsorgane durch ein Gesetz zugelassen werden, wozu es genügt, daß es sich um ein Gesetz im materiellen Sinne handelt. Zu diesen materiellen Gesetzen gehören nach der deutschen Lehre auch die in den Börseordnungen getroffenen Bestimmungen wegen ihrer für alle Börsebesucher verbindlichen Geltung. Die Börseordnung wird daher heute als öffentlich-rechtliche Satzung qualifiziert.

-
- 1) Verwaltungsgericht Frankfurt, Bremer "Grundzüge des Deutschen Börsenrechtes" S. 58, Schwark "Börsengesetz" § 1 Rn 10, Ulenhusen "Börsen- und Kartellrecht" 1983, S. 21, Schoenle "Bank und Börsenrecht" 2. Aufl. § 1 IIc S. 7.
 - 2) BVerfGE 33 S. 125, 156; EVerfGE 10 S. 20, 50.
 - 3) EVerwG vom 7. November 1985, WM 1986 S. 963 und die darin ausführlich enthaltene Zitierung von Vorentscheidungen.

Nicht anders ist die Rechtslage nach österreichischem Recht. Die Oesterreichische Nationalbank ist zweifellos als Aktiengesellschaft eine Institution des privaten Rechtes. Dennoch werden die devisenrechtlichen Kundmachungen der Nationalbank als Verordnung qualifiziert und unterliegen der Rechtskontrolle durch den Verfassungsgerichtshof.

Genau dasselbe wird mit den Börsen geschehen. Der Verfassungsgerichtshof bzw. der Verwaltungsgerichtshof werden dann die Börsenvereine als beliehene Unternehmungen der Verwaltungskontrolle unterwerfen.

3. Freiheit der Zulassung von Verkehrsgegenständen

Bereits das EG-Recht (Richtlinien des Rates vom 5. März 1979 zur Koordinierung der Bedingungen für die Zulassung von Wertpapieren zur amtlichen Notierung an einer Börse, Art. 15 Abs. 1) verlangt, daß gegen Entscheidungen, mit denen die Zulassung eines Wertpapiers zur amtlichen Notierung abgelehnt oder die amtliche Notierung eines Wertpapiers eingestellt wird, Rechtsmittel zulässig sein müssen. Daran kann auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten nicht vorübergehen und eröffnet hier den Verwaltungsweg. Da dies aber nur bei Behörden möglich ist, wird der Börsenverein mit dem Etikett "beliehenes Unternehmen" versehen, womit er zu einem Zwitterwesen wird: Er ist zwar eine private Vereinigung, ist aber dort, wo er behördlich tätig wird, Behörde mit allen Konsequenzen. Die Abgrenzung zwischen privater und behördlicher Tätigkeit (für die eine sind die ordentlichen Gerichte zuständig, für die andere die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts) ist immer fließend, so daß Kompetenzkonflikte geradezu vorprogrammiert sind.

C Schlußfolgerung

Sohin reduziert sich die Frage: "privater Börsenverein oder öffentlich-rechtliche Körperschaft" auf einen Etikettenstreit, weil in der Sache selbst der private Börsenverein um nichts besser dasteht als die öffentlich-rechtliche

Körperschaft. Wenn aber schon Träger öffentlich-rechtlicher Gewalt, dann gleich die entsprechende Konstruktion, weil dann der Verwaltungsweg sowohl für den Börsenträger als auch für den Normunterworfenen einfacher, billiger und rascher ist.

Im übrigen ist es ein Widerspruch, für Banken immer wieder den Zusammenschluß zu größeren Einheiten zu fordern, um Europareife zu erlangen, für Börsen als den Mittelpunkt des Kapitalmarktes eines Landes aber die Zersplitterung in Kleinstbörsen den Weg zu öffnen.

II. S t e l l u n g n a h m e

zur Alternativfassung des Bundesministeriums
für wirtschaftliche Angelegenheiten zum all-
gemeinen Teil des Gesetzesentwurfes.

ad § 3 Abs. 2

Dieser Absatz soll lauten:

"(2) Gleichzeitig mit der Anzeige der beabsichtigten Bildung eines Börsenvereines ist der Nachweis über die Verfügbarkeit der zur Erhaltung der Börse nach Maßgabe des Standortes und des zu erwartenden Geschäftsumfanges notwendigen Finanzmittel sowie der dafür nötigen automatischen Handelssysteme oder Räumlichkeiten zu erbringen."

Begründung:

Es ist heute nicht mehr notwendig, daß sich der Börsehandel unbedingt in einem Börsesaal abwickelt. Wie die Beispiele von London, Paris und Kopenhagen sowie der Optionenbörsen in der Schweiz und in Deutschland zeigen, kann eine Börse rein über Computer geführt werden. Auf diese Möglichkeit nehmen auch verschiedene Bestimmungen des Entwurfes des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten (so § 12 Abs.5) sowie des unverändert übernommenen

Entwurfes des Bundesministeriums für Finanzen zum Handels-
teil (so § 32 Abs. 2 oder § 58 Abs. 1) Bezug. Daher ist das
Verlangen, daß bei der Gründung eines Börsenvereines nur der
Nachweis über die entsprechenden Räumlichkeiten zu erbringen
sein muß, zu wenig.

ad § 4 Abs. 2

Dieser Absatz soll lauten:

"(2) Handelt es sich bei der vom Börsenverein in Aussicht
genommenen Börse um eine Wertpapierbörse, müssen die Propo-
nenten zusätzlich die Anforderungen des § 12 erfüllen; von
den Proponenten dürfen höchstens fünf Freie Makler sein."

Begründung:

Nach § 3 Abs. 1 des Entwurfes sind für die Bildung
eines Börsevereines dreißig Proponenten erforderlich. Da für
Wertpapierbörsen nur Banken oder Freie Makler als Mitglieder
vorgesehen sind (§ 12 Abs. 1), bedarf es nur für die Freien
Makler einer Erwähnung (nach der Fassung des Bundesmini-
steriums für wirtschaftliche Angelegenheiten bleibt nämlich
die Frage offen, was die restlichen fünf Proponenten, die
auf dreißig fehlen, sein müssen).

ad § 5 Abs. 3

Dieser Absatz soll beginnen:

"(3) In den Statuten des Börsevereines sind Bestimmungen
über die Organe des Börsevereines aufzunehmen, die ..."

Begründung:

Nach der österreichischen Gesetzessprache - ist die
Geschäftsordnung eine Ausführungsbestimmung zu Gesetzen oder
Statuten. Nach dem Vorschlag des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Angelegenheiten soll jedoch diese Geschäfts-
ordnung in die Statuten integriert werden. Sie ist daher
eine Statutenbestimmung und der Begriff Geschäftsordnung ist
falsch. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sollte daher
dies durch eine entsprechende Fassung der Einleitung klar-
gestellt werden.

ad § 8 Abs. 1

Die letzten drei Zeilen dieses Absatzes müssen lauten:

"... daß der Börsenverein nicht untersagt werde, erlangt der Börsenverein Rechtspersönlichkeit und kann seine Tätigkeit beginnen."

Begründung:

Die derzeitige Fassung ist grammatikalisch unvollständig.

ad § 8 Abs. 2

Die Worte "eines Jahres" bzw. "ein Jahr" sind durch "dreier Monate" bzw. "drei Monate" zu ersetzen.

Begründung:

Die Frist von einem Jahr, die für die Aufnahme der Tätigkeit einer Börse vorgesehen ist, erscheint viel zu lange. Damit besteht die Gefahr, daß Börsenvereine auf Vorrat gebildet werden. Grundsätzlich sollte bereits die Vorbereitung einer Börse so erfolgen, daß unmittelbar nach der Vereinsgründung mit der Arbeit begonnen werden kann. Potentielle Börsenvereine sind nicht im Interesse der österreichischen Wirtschaft.

ad § 11 Abs. 1

Der Punkt soll durch einen Beistrich ersetzt und es soll angefügt werden:

"..., sofern sie die nötige geschäftliche Vertrauenswürdigkeit besitzen."

Begründung:

An Börsen, insbesondere an Wertpapierbörsen, wird weitgehend ohne schriftliche Unterlagen nur mündlich von Person zu Person gehandelt. Die Erfüllung erfolgt oft Tage oder Wochen später. Dies setzt unbedingtes Vertrauen der einzelnen Mitglieder zueinander voraus. Nun gibt es aber immer wieder Wirtschaftstreibende (auch auf dem Gebiete des Wertpapierwesens), mit denen Börsenmitglieder bereits nachteilige Erfahrungen gemacht haben. Es muß daher möglich

sein, solche Personen grundsätzlich als Mitglieder abzulehnen. Die Bestimmung des Abs. 5, wonach weitere Aufnahmevoraussetzungen in die Statuten aufgenommen werden können, scheint uns für diesen wichtigen Punkt zu wenig.

ad § 11 Abs. 4

Statt "... einen leitenden Angestellten ..." soll, "... ein Mitglied der Geschäftsleitung..." gesetzt werden.

Begründung:

Der Begriff "leitender Angestellter" ist vor allem ein Begriff des Arbeitsrechtes (siehe § 5 Abs. 2 lit. b AKG, § 36 Abs. 2 Z. 3 ArbVG, § 1 Abs. 2 Z. 8 AZG) und kein Rechtsbegriff. Es gibt Angestellte, die, ohne die Prokura zu haben, Leitungsfunktionen ausüben, und es gibt umgekehrt Prokuristen, die keinen Einfluß auf die Geschäftsleitung haben. Die Feststellung, ob eine als Besucher gemeldete Person ein leitender Angestellter ist, kann im Einzelfall äußerst schwierig werden. Im übrigen erfordert es die Bedeutung der Börse, daß sich die Geschäftsleitung mit der Mitgliedschaft bei der Börse identifiziert und eine Person aus der Geschäftsleitung als Besucher namhaft macht.

ad § 12 Abs. 3

Im zweiten Satz soll nach "Freien Makler" eingefügt werden:

"... als Sensal ..."

Begründung:

Wenn man die Tätigkeit als Sensalengehilfen als einschlägige Berufserfahrung anerkennt, dann muß man umso mehr die weit höher qualifizierte Tätigkeit als Sensal als einschlägige Berufserfahrung ansehen.

ad § 14 Abs. 2 Z. 3

Statt "Bedienstete" soll "Dienstnehmer" gesetzt werden.

Begründung:

Der Ausdruck "Bedienstete" ist veraltet und wird nur mehr bei Gebietskörperschaften verwendet (siehe Art. 10 Abs. 1 Z. 16 B-VG). Der heute in der Privatwirtschaft gebräuchliche Ausdruck ist "Dienstnehmer" (siehe §§ 1153ff ABGB, § 1 Abs. 1 AKG, § 3 Abs. 2 ASVG, Dienstnehmerhaftpflichtgesetz etc.).

ad § b Abs. 3 lit. a

Diese Litera ist zu streichen.

Begründung:

Es ist mit dem Begriff der Selbstverwaltung absolut unvereinbar, daß die Aufsichtsbehörde Aufträge an den Selbstverwaltungskörper, an welche letztere gebunden sind, erteilen kann. Aufträge kann eine Behörde nur an eine untergeordnete Behörde richten. Nach dieser Bestimmung könnte daher die Aufsichtsbehörde dem Börseverein auftragen, eine bestimmte Person als Generalsekretär anzustellen, Statuten in bestimmter Weise zu erlassen, Personen auszuschliessen oder aufzunehmen etc.

Von diesen Momenten abgesehen, ist diese Bestimmung auch verfassungswidrig. Wie der Verfassungsgerichtshof in seinen Erkenntnissen, z.B. Slg. 3151 und 8215, ausgeführt hat, ist die Weisungsfreiheit ein essentielles Merkmal der Selbstverwaltung. Auch ein Verstoß gegen Art. 102f B-VG ist gegeben, weil die Weisung unter Ausschaltung des Landeshauptmannes erfolgt.

ad § d Abs. 3

Die Worte "... und Entscheidungen ..." sollen gestrichen und vor "... zwei Börsetagen ..." ist "binnen" zu setzen.

Begründung

Das Wort "Entscheidungen" läßt den Schluß zu, daß auch Entscheidungen von Individualorganen (also z. B. des Präsidenten) dem Börsekommissär zuzustellen sind. Dies stellt eine unzulässige Einschränkung der Geschäftsführung dar,

weil damit praktisch der Börseverein entmündigt und der Börsekommissär zu seinem Kurator bestellt wird. Jeder Ankauf einer Schreibmaschine oder die Zuerkennung einer Erschwerungszulage, müßte dem Börsekommissär mitgeteilt werden (da die Börsenvereine nicht mehr hoheitlich konzipiert sind, gibt es keinen Unterschied zwischen Hoheitsverwaltung und Wirtschaftsverwaltung und alle Entscheidungen sind erfaßt).

In den Erläuterungen wird dazu angeführt, daß die Bestimmungen im wesentlichen dem Kreditwesengesetz über die Bankaufsicht nachgebildet sind. Dies ist jedoch nicht richtig. Das Kreditwesengesetz sieht im § 26 Abs. 2 nur die Mitwirkung des Staatskommissärs an den Hauptversammlungen, Generalversammlungen und sonstigen Mitgliederversammlungen sowie an den Sitzungen des Aufsichtsrates vor. Nur gegen die in oder außerhalb einer Sitzung gefaßten Beschlüsse solcher Organe gibt es ein Einspruchsrecht bzw. für diese eine Mitteilungspflicht. In die Geschäftsführung des Vorstandes einer Bank können jedoch die Staatskommissäre nicht eingreifen und Entscheidungen des Vorstandes sind auch den Staatskommissären nicht mitzuteilen. Die Ausführungen in den Erläuterungen, man geht davon aus, daß der Börsekommissär nicht in jedem Fall die Mitteilung einer Entscheidung verlangen werde (der Börseverein es sich also mit dem Börsekommissär richten werde), sind unjuristisch.

Das Wort "binnen" ist für die Vollständigkeit des Satzes erforderlich.

ad § k Z. 4

Diese Ziffer soll gestrichen werden.

Begründung:

Die Z. 4 steht mit der Z. 5 im Widerspruch; außerdem bedeutete die Aufnahme der Z. 4, daß für die Freien Makler, die am 30. November 1989 zugelassen sind, offen bleibt, wer die Höhe der Sicherheit und in welcher Weise bestimmt (der zweite Satz von § 12 Abs. 4 wäre ja dann auf diese Makler nicht anzuwenden).

III. S t e l l u n g n a h m e

zum Entwurf des Bundesministeriums für Finanzen

ad § 4 Abs. 2

Abs. 2 soll durch folgenden Satz ergänzt werden:

"Ein Börserat darf jeweils nur eine Vertretung übernehmen."

Begründung:

Es findet sich keine Begrenzung, wieviele Vertretungen ein Börserat übernehmen kann. Es wird sicherlich nicht daran gedacht gewesen sein, daß diese Zahl unbeschränkt ist, sonst könnte sich der groteske Fall ergeben, daß von den 30 Börseräten einer für 15 abstimmt.

ad § 4 Abs. 4

Abs.4 soll durch folgenden Satz ergänzt werden:

"Ein Börserat verliert sein Amt, wenn er die Besuchsberechtigung nach § 24 verliert."

Begründung:

Nach der derzeitigen Version muß, wenn ein Börserat als Börsebesucher ausscheidet und von ihm nicht eine Verzichtserklärung erwirkt werden kann, entweder eine außerordentliche Vollversammlung zur Amtsentsetzung dieses Börserates einberufen werden oder diese Person bleibt bis zur nächsten Vollversammlung nominell Börserat, obwohl sie gar nicht mehr berechtigt ist, die Börse zu betreten. Bis zur Entscheidung der Vollversammlung wird das Nachrücken der Ersatzmänner bzw. die Nachentsendung gehemmt, was bedeutet, daß einzelne Sektoren während dieser Zeit überhaupt nicht oder nur vermindert in der Börseammer vertreten sind. Desgleichen sprechen Gründe der Verwaltungsvereinfachung für eine solche Bestimmung. Sowohl die Entscheidung über den Entzug des Besuchsrechtes als auch über den Verlust des Börseratsmandates wird von derselben Behörde, nämlich der Wiener Börseammer, ausgesprochen. Warum darüber zwei getrennte Bescheide ergehen sollen, ist nicht einsichtig.

ad § 6 Abs. 2 Z. 6

Die Z. 6 soll lauten:

"6. die Wahl und die Amtsenthebung des Präsidenten und der Vizepräsidenten".

Begründung:

Derzeit wird nur die "Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten" erwähnt. Des Tatbestandes der Amtsenthebung der Präsidenten oder eines Vizepräsidenten, der in den §§ 6 Abs. 3 und 9 Abs. 4 enthalten ist, wird nicht gedacht.

ad § 6 Abs. 2 Z. 7

In der Z. 7 sind die Worte "... der Rechnungsprüfer," durch "... des Rechnungsprüfers" zu ersetzen.

Begründung:

Nach § 14 Abs. 1 gibt es nur einen Rechnungsprüfer.

ad § 6 Abs. 2 Z. 14

Diese Ziffer soll gestrichen werden.

Begründung:

Der Börseort ergibt sich eindeutig aus dem gemäß § 2 zu erlassenden Gesetz bzw. für die Wiener Börse aus § 55 Abs. 1. Die Vollversammlung kann daher den Börseort nicht verlegen.

Die Bestimmung der Börsezeit sollte dem Exekutivausschuß überlassen bleiben. Die bisherige Geschichte zeigt, daß Börsezeitveränderungen in aller Regel auf Grund von entsprechenden Handelsgegebenheiten innerhalb kürzester Zeit notwendig werden. Die Vollversammlung ist ein viel zu großes und unbewegliches Organ, um über derartige, im Prinzip minderwichtige, Angelegenheiten zu entscheiden.

ad § 6 Abs. 2 Z. 15

Diese Ziffer soll gestrichen werden.

Begründung:

Die Regeln für den Handelsablauf sind, entsprechend dem Stufenbau der Verfassung, gleichfalls Verordnungen (im materiellen Sinne). Sie sind daher bereits durch die Z. 2 gedeckt und bedürfen nicht einer gesonderten Anführung.

ad § 6 Abs. 3 und 4

Die Abs. 3 und 4 sollen lauten:

"(3) Die Vollversammlung wird vom Präsidenten einberufen und geleitet. Sie ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Börseräte anwesend ist; für Beschlußfassungen über das Statut und dessen Änderung ist jedoch die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Börseräte erforderlich. Für Beschlüsse über die Amtsenthebung des Präsidenten oder eines Vizepräsidenten sowie von Börseräten ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich, für sonstige Beschlüsse genügt die einfache Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

(4) Die Sitzungen der Vollversammlung sind nicht öffentlich, jedoch kann die Beiziehung von Auskunftspersonen beschlossen werden. Solche Auskunftspersonen sind zur Verschwiegenheit über alle ihnen in der Sitzung zur Kenntnis gelangten Geheimnisse verpflichtet."

Begründung:

Die Bestimmungen, die sich mit der Einberufung, Leitung, Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung der beschlußfassenden Organe der Börsekammer befassen, sollten gleich formuliert sein. Es wurde daher hier (ebenso wie später im § 8 Abs. 2) diesen Bestimmungen eine Fassung gegeben, die in beiden Paragraphen gleich ist.

ad § 7 Abs. 1

Abs. 1 soll beginnen:

"An jeder Börse ...".

Begründung:

Hier wird der § 1 Abs. 1 zitiert, der jedoch keine Definition, sondern nur eine Einteilung enthält. Da es außer Börsen nach § 1 Abs. 1 keine anderen Börsen gibt, geht somit die Verweisung ins Leere und ist inhaltslos.

ad § 7 Abs. 3

In der zweiten Zeile ist das Wort "Börsebesucher" in "Börsemitglieder" auszubessern.

Begründung:

Schreibfehler (nach Abs. 2 Z. 1 ist der Kartenausschuß für die Zulassung und Ausschluß von Börsemitgliedern (!) zuständig).

ad § 8 Abs. 1

Die Worte "... gemäß § 7 Abs. 1 und 2 ..." im zweiten Satz sind zu streichen.

Begründung:

Es gibt keine anderen Ausschüsse als nach § 7 Abs. 1 und 2, weshalb die Verweisung keinen Sinn ergibt.

ad § 8 Abs. 2

Diese Bestimmung soll in zwei Absätzen mit nachstehendem Inhalt aufgegliedert werden:

"(2) Die Ausschüsse werden vom Vorsitzenden einberufen und geleitet. Sie sind beschlußfähig, wenn zumindest die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Für Beschlüsse ist die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Im Statut kann die Zulässigkeit von Ausschlußbeschlüssen ohne Sitzung vorgesehen werden.

(3) Die Sitzungen der Ausschüsse sind nicht öffentlich, jedoch kann die Beiziehung von Auskunftspersonen beschlossen werden. Solche Auskunftspersonen sind zur Verschwiegenheit über alle ihnen in der Sitzung zur Kenntnis gelangten Geheimnisse verpflichtet."

Begründung:

Wie schon zu § 6 Abs. 3 und 4 ausgeführt, sollten die Bestimmungen, die sich mit der Einberufung, Leitung, Beschlußfähigkeit und Beschlußfassung der beschlußfassenden Organe der Börsekammer befassen, gleich formuliert sein. Außerdem fehlt im § 8 Abs. 2 die Bestimmung - die sich für die Vollversammlung im § 6 Abs. 3 findet - nämlich, daß der Vorsitzende bei Stimmengleichheit entscheidet.

ad § 9 Abs. 4

- a) Der letzte Satz des Absatzes soll analog § 4 Abs. 4 zu einem eigenen Absatz gemacht werden.
- b) Dem letzten Satz soll angefügt werden:

"Ein Präsident (Vizepräsident) verliert sein Amt, wenn er sein Amt als Börserat verliert."

Begründung:

- a) Ein eigener Absatz für diese Bestimmung entspricht der Fassung von § 4, der die Börseräte behandelt.
- b) Nach der derzeitigen Fassung des § 9 ist dieser Fall ungeregelt. Es könnte deshalb auch die Auslegung vertreten werden (insbesondere, weil die Enthebung eines Präsidenten ausschließlich nur wegen gröblicher Pflichtverletzung bzw. Amtsverhinderung möglich ist), daß ein einmal gewählter Präsident, auch wenn er später nicht mehr Börserat ist, grundsätzlich im Amt zu bleiben hat. Diese Konsequenz kann jedoch nicht sinnvoll sein. Es bedarf daher einer ausdrücklichen Bestimmung über das Erlöschen des Präsidentenamtes bei Verlust des Börseratsamtes.

ad § 10 Abs. 3 Z. 1

Nach dem Beistrich ist ein "oder" zu setzen.

Begründung:

Wie sich aus dem "oder" in der Z. 2 ergibt, sind die unter den Z. 1 - 3 angeführten Voraussetzungen alternativ und nicht kumulativ. Dies erfordert aber zur Vermeidung von Zweifeln die Wiederholung des Wortes "oder".

ad § 12 Abs. 2

Die Z. 5 soll beginnen:

- "5. die Erledigung von Ansprüchen von Dienstnehmern und Pensionisten, ..."

Begründung:

Es handelt sich um eine sprachliche Verbesserung, da "Personalangelegenheiten" ein allgemeiner Begriff ist, der weder dem Grunde noch der Höhe nach bestimmt sein kann; dies kann nur der Anspruch des einzelnen Dienstnehmers sein.

ad § 13 Abs. 1

Der Satzteil "... sowie durch die an den Börsfonds zu entrichtenden Beiträge ..." soll gestrichen werden.

Begründung:

Beiträge zum Börsfonds kommen nur bei der Wiener Börse vor und haben daher im allgemeinen Teil, der für alle Börsen gelten soll, keinen Platz.

ad § 13 Abs. 2

Im letzten Satz soll das Wort "Abrechnungssysteme" durch "Abwicklungssysteme" und das Wort "Vollversammlung" durch "Exekutivausschuß" ersetzt werden.

Begründung:

In der Z. 3 wird "von Handels- und Abwicklungssystemen" gesprochen. Daher sollten auch im zweiten Satz diese Termini verwendet werden (und nicht unmotiviert das sonst nie vorkommende Wort "Abrechnungssysteme" gebraucht werden).

Die Handels- und Abwicklungssysteme kommen bei der Wertpapierbörse vor. In der Vollversammlung sitzen jedoch auch Vertreter der Warenbörse. Daher sollte die Zustimmungsbefugnis zu den Gebühren Dritter an den Exekutivausschuß übertragen werden, wo ausschließlich Vertreter der Wertpapierbörsenmitglieder (also der unmittelbar davon Betroffenen) sitzen. Darüberhinaus tritt auch der Exekutivausschuß viel öfter (ein- bis zweimal im Monat) zusammen und kann daher eine derartige Zustimmung rascher geben, als die (wahrscheinlich nur zweimal im Jahr zusammentretende) Vollversammlung.

ad § 15 Abs. 3

Die Zitierung ist auf § 12 Abs. "3" auszubessern.

Begründung:

Der § 12 hat keinen Abs. 7.

ad § 15 Abs. 4

Der Zitierung "§ 12" soll angefügt werden "Abs. 2".

Begründung:

Angleichung der Fassung an Abs. 3.

ad § 18 Abs. 1

Diesem Absatz soll folgender 2. Satz angefügt werden:

"Kann die geschäftliche Vertrauenswürdigkeit nicht ausreichend beurteilt werden, so kann die Zulassung an die Bedingung geknüpft werden, daß ein Börsemitglied eine unbeschränkte Garantie für den Mitgliedswerber für maximal zwölf Monate abgibt."

Begründung:

Das Börsegesetz enthält keine Bestimmung, wie lange ein Mitgliedswerber bereits vor der Börsenzulassung im Geschäftsleben tätig sein muß. Er kann daher unmittelbar nach der Gründung bereits um die Börsemitgliedschaft ansuchen. In einem solchen Fall ist es aber unmöglich, über die geschäftliche Vertrauenswürdigkeit des Mitgliedswerbers eine Aussage zu machen, weil in aller Regel noch kein Börsemitglied mit dem Mitgliedswerber Geschäfte gemacht, geschweige denn über einen längeren Zeitraum mit ihm in Geschäftsverbindung gestanden ist. Die Wiener Börsekommer hat in solchen Fällen (die vor allem im Bereich der Wertpapierbörse relativ häufig vorkommen) jetzt eine zusätzliche unbeschränkte Garantieerklärung eines Börsemitgliedes verlangt, um die Risiken, die mit der Zulassung eines derartigen Newcomers verbunden sind, für den Börsebereich abzudecken. Allerdings müßte die Garantiezeit im Gesetz beschränkt werden. Eine Frist von einem Jahr erscheint ausreichend.

ad § 19 Abs. 5 (neu)

Als Abs. 5 soll hier die Bestimmung von § 59 Abs. 2 aufgenommen werden.

("(5) Die von der Börsekommer gemäß Abs. 1 zugelassenen Freien Makler sind zur gewerbsmäßigen Vermittlung von Verträgen über die Anschaffung und Veräußerung von Verkehrsgegenständen gem. § 1 Abs. 2, zum Abschluß solcher Verträge als Kommissionär mit den zum Betrieb des Effektengeschäftes (§ 1 Abs. 2 Z. 6 Kreditwesengesetz) berechtigten Banken sowie zur Ausführung der Kommission durch Selbsteintritt berechtigt, sofern nicht die ihnen nach der Gewerbeordnung erteilte Gewerbeberechtigung einen geringeren Geschäftsumfang aufweist.").

Begründung:

Die Berechtigungen der Börsemitglieder sollten im Gesetz für alle Börsemitglieder an einer Stelle stehen. Für Banken findet man sie im Abs. 1 dieses Paragraphen (Verweis auf Kreditwesengesetz), für die Freien Makler sollte sie daher auch hier zu finden sein.

Nach der vorgeschlagenen Fassung dürfen die Freien Makler nur Verträge über die Anschaffung und Veräußerung der an der Börse zugelassenen Verkehrsgegenstände vermitteln. Damit wird jedoch ihr bisheriger Tätigkeitsbereich wesentlich eingeschränkt, weil sie derzeit auch berechtigt sind, nicht zum Börsehandel zugelassene Wertpapiere zu handeln und dafür sogar Taxen in den Zeitungen veröffentlichen. Eine Notwendigkeit, ihre Geschäftsbefugnis einzuschränken, besteht nicht. Es sollten daher die Worte "... der an der Börse zugelassenen Verkehrsgegenstände ..." durch "... von Verkehrsgegenständen gem. § 1 Abs. 2, ..." ersetzt werden.

ad § 20 Abs. 4

- a) Die Frist im zweiten Satz soll von "einer Woche" auf "dreier Tage" verkürzt werden.
- b) Der Halbsatz des letzten Satzes soll lauten:

"... hat der Generalsekretär den Präsident im Hinblick auf die Einleitung von Maßnahmen gemäß § 23 und den Exekutivausschuß in Kenntnis zu setzen."

Begründung:

- a) Eine Woche (mit fünf Börsetagen) ist viel zu lang, vor allem, wenn womöglich der Saldo zunimmt. Die Sicherheit des Börseverkehrs erfordert hier rasche Maßnahmen. Besser zwei Tage früher die Geschäftstätigkeit eines Freien Maklers zu beschränken, als zwei Tage später eine Insolvenz zu haben.
- b) Der Präsident kann nur einen Ausschluß beantragen und für die Dauer des Ausschlußverfahrens das Ruhen der Mitgliedschaft verfügen. Der Exekutivausschuß ist jedoch gemäß Abs. 3 dieses Paragraphen berechtigt, die Geschäftstätigkeit des Börsemitgliedes zu beschränken. Er könnte z. B. verfügen, daß der Freie Makler nur mehr

Vermittlungsgeschäfte und keine Eigengeschäfte mehr tätigen darf. Damit wird wirtschaftlich der gleiche Zweck erfüllt, ohne daß man gleich zur schwersten Waffe, zum Ausschluß greifen muß.

ad § 21 Abs. 2

Statt "Bedienstete" soll "Dienstnehmer" gesetzt werden.

Begründung:

Der Ausdruck "Bedienstete" ist veraltet und wird nur mehr bei Gebietskörperschaften verwendet (siehe Art. 10 Abs. 1 Z. 16 B-VG). Der heute in der Privatwirtschaft gebräuchliche Ausdruck ist "Dienstnehmer" (siehe §§ 1153ff ABGB, § 1 Abs. 1 AKG, § 3 Abs. 2 ASVG, Dienstnehmerhaftpflichtgesetz etc.).

ad § 22

Die Z. 1 soll lauten:

- "1. bei ihrer Geschäftstätigkeit die Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmannes zu wahren, Schädigungen des Ansehens der Börse zu vermeiden und bei Börsengeschäften die Handelsbedingungen der Börse einzuhalten."

Begründung:

Die derzeitige Fassung "bei ihrer Geschäftstätigkeit die Handelsbedingungen der Börse einzuhalten" läßt auch die Auslegung zu, daß die Börsemitglieder bei außerbörslichen Geschäften an die Handelsbedingungen der Börse gebunden sind. Dies erscheint jedoch zu weitgehend. Es sollte daher die Verpflichtung der Börsemitglieder, die Handelsbedingungen der Börse einzuhalten, auf Börsegeschäfte beschränkt sein.

ad § 22 Z. 5

Die Zitierung ist auf § 84 Abs. "5 und 6" auszubessern.

Begründung:

§ 84 hat keinen Abs. 7.

ad § 24 Abs. 2

Statt "Bedienstete" soll "Dienstnehmer" gesetzt werden.

Begründung:

Der Ausdruck "Bedienstete" ist veraltet und wird nur mehr bei Gebietskörperschaften verwendet (siehe Art. 10 Abs. 1 Z. 16 B-VG). Der heute in der Privatwirtschaft gebräuchliche Ausdruck ist "Dienstnehmer" (siehe §§ 1153ff ABGB, § 1 Abs. 1 AKG, § 3 Abs. 2 ASVG, Dienstnehmerhaftpflichtgesetz etc.).

ad § 29 Abs. 1

Dieser Absatz soll lauten:

"(1) Der Exekutivausschuß bestimmt Beginn und Ende der Börsezeit."

Begründung:

Wie bereits zu § 6 Abs. 2 Z. 14 ausgeführt, erfolgt eine Änderung der Börsezeit immer relativ kurzfristig. Die Vollversammlung ist dafür ein ungeeignetes Organ. Desgleichen wurde bereits dargelegt, daß die Vollversammlung den Börseort nie verlegen kann, weil dieser durch das im § 2 Abs. 1 erwähnte Gesetz determiniert ist.

ad §§ 37ff

Die §§ 37 bis 50 sollen nach § 27 eingefügt werden und hier nach § 36 die §§ 58 bis 65.

Begründung:

Durch die §§ 37 bis 50, die von den Sensalen handeln, sowie die §§ 51 bis 57 (Börsenaufsicht und Wiener Börse), werden die Bestimmungen über den Börsehandel unnötig zerrissen. Durch die vorgeschlagene Verschiebung wird dieser Mangel behoben.

ad § 37 Abs. 3

- a) Nach dem Wort "Landeshauptmann" soll ein Punkt gemacht und die folgenden Worte "und die Aufsichtsbehörde" gestrichen werden.
- b) Der zweite Satz soll als erster Satz in den Abs. 5 übernommen werden.

Begründung:

- a) Die Bestätigung durch den Landeshauptmann und die Auf-

sichtsbehörde bedeutet die Bestätigung durch die Unterbehörde und die Oberbehörde. Dies ist in der österreichischen Verwaltungspraxis ein Novum und bringt auch unlösbare Schwierigkeiten im Falle einer Berufung. Da der Landeshauptmann in Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung an die Weisung der einzelnen Bundesminister gebunden ist (Art. 103 Abs. 1 B-VG), ist die zusätzliche Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde (dies ist gemäß § 51 Abs. 1 der Bundesminister für Finanzen bzw. der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten) nicht notwendig.

- b) Der zweite Satz zerreißt das Bestellungsverfahren der Sensale, er gehört sinngemäß in den Abs. 5.

ad § 37 Abs. 3 und 6

Statt "in der Wiener Zeitung" ist "im Amtsblatt zur Wiener Zeitung" zu setzen.

Begründung:

Üblicher Wortlaut (siehe z. B. §§ 24 Abs. 11 und 29 Abs. 3 KWG).

ad § 38 Abs. 2 Z. 4

In der Z. 4 sind die Worte "Insolvenz oder" zu streichen.

Begründung:

Es handelt sich offenbar um einen Schreibfehler; gemeint dürfte "rechtskräftiger Abweisung" sein, da eine "rechtskräftige Insolvenz" ein unbekannter Begriff ist.

ad § 40 Abs. 1

Der letzte Halbsatz soll lauten: "... die nicht amtlich gehandelt werden".

Begründung:

Es handelt sich um eine Anpassung an den Wortlaut des § 28.

ad § 41 Abs. 3

Die Worte "... vom Börsesensal vermittelten ..." sollen

gestrichen werden.

Begründung:

Nur bei der Z. 2 und 4 handelt es sich um vermittelte Geschäfte; das für eigene Rechnung getätigte Geschäft gem. Z. 1 ist ein Eigengeschäft, bei dem der Sensal Vertragspartner ist. Die rechtliche Konsequenz bleibt auch nach der Streichung erhalten.

ad § 43 Abs. 2

Das Wort "Clearing-Verfahren" ist durch "Abwicklungsverfahren" zu ersetzen.

Begründung:

Redaktionsfehler (in den übrigen Paragraphen des Entwurfes, so § 19 Abs. 4 Z. 1 oder § 31 Abs. 3, wird immer von Abwicklungsverfahren gesprochen).

ad § 44 Abs. 5

Das Wort "Unterhaltung" ist durch "Unterhandlung" zu ersetzen.

Begründung:

Schreibfehler.

ad § 47 Abs. 1

Der zweite Satz soll gestrichen werden.

Begründung:

Wie zu § 58 Abs. 3 ausgeführt werden wird, soll die Aufteilung der Verkehrsgegenstände auf die einzelnen Börsensensale grundsätzlich in die Kompetenz der Börsekammer fallen.

ad § 49 Abs. 1 Z. 5

Die Zitierung ist auf "Z. 4" auszubessern.

Begründung:

Schreibfehler.

ad § 50 Abs. 3

Nach den Worten "gemäß Abs. 1" soll ein Punkt gesetzt und die Worte "und über die Suspendierung gemäß Abs. 2"

gestrichen werden.

Begründung:

Die Suspendierung muß unter Umständen, entsprechend ihrem Zweck, Schäden zu verhindern, innerhalb von Stunden erfolgen. Hier ist für ein Anhörungsverfahren kein Platz, will man nicht unvertretbare Verzögerungen in Kauf nehmen.

ad § 51 Abs. 6

Nach dem Wort "Börse" soll eingesetzt werden:

"... oder dem betroffenen Börsesensal bzw. Freien Makler ...".

Begründung:

Warum die Börse für die Kosten der Einsicht bei den Börsesensalen oder den Freien Maklern aufkommen soll, ist nicht einsichtig. Schließlich zahlt die Börse auch nicht die Sonderprüfungen bei Banken, die durch Börsegeschäfte veranlaßt werden. Es sollen daher, wenn bei Börsesensalen oder Freien Maklern Einsichtnahmen vorgenommen werden, die Börsesensale und Freien Makler als ersatzpflichtig angeführt werden.

ad § 52 Abs. 2 und 3

Vor den Worten "Organe der Börsekammer" soll "beschlußfassende" eingefügt werden.

Begründung:

Die Bestimmungen über die Aufsicht sind dem Kreditwesengesetz nachgebildet. Nach § 26 KWG besteht das Einspruchsrecht nur gegenüber Beschlüssen von Hauptversammlungen, Generalversammlungen und sonstigen Mitgliederversammlungen sowie des Aufsichtsrates. Gegen Vorstandsentscheidungen gibt es kein Einspruchsrecht. Wird nun hier ganz allgemein von Organen der Börsekammer gesprochen, dann ist auch der Präsident, der im § 5 als Organ angeführt wird, erfaßt und es hätten sodann die Börsekommissäre gegen alle Geschäftsführungsbeschlüsse des Präsidenten ein Einspruchsrecht. Dies führt zu einer Entmündigung der Börsekammer und außerdem zu einem totalen Verwaltungschaos. Wenn z. B. der Präsident oder für ihn der Generalsekretär die Börsezeit um

eine halbe Stunde verlängern will, dann wird dies, sofern nicht der Börsekommissär und alle seine Stellvertreter an der Börse anwesend sind, erst nach Ablauf von zwei Börsentagen nach der Zustellung wirksam. Daher muß das Einspruchsrecht bzw. die Verständigungspflicht auf die Beschlüsse der beschlußfassenden Organe eingeschränkt werden; nur dort ist dies sinnvoll.

ad § 52 Abs. 2 und 4

In beiden Absätzen sollen die Worte "... und ihre Stellvertreter ..." gestrichen werden.

Begründung:

Das Organ der Staatsaufsicht ist der Börsekommissär. Wie die Vertretung intern geregelt ist, kann die Börsekammer nicht wissen. Insbesondere bei Umlaufbeschlüssen führt die Bestimmung, daß der Börsekommissär und seine Stellvertreter (die immerhin bei der Wiener Wertpapierbörse drei sind) zu verständigen sind, zu unlösbaren Schwierigkeiten. Nach der derzeitigen Fassung des Entwurfes ist nämlich ein Beschluß oder eine Entscheidung, so lange sie nicht dem Börsekommissär und seinen Stellvertretern zugestellt wurde, nicht wirksam. Wird daher, so wie es derzeit der Brauch ist, in dringenden Fällen die Zustimmung des Börsekommissärs fernmündlich oder anläßlich der Börsensitzung eingeholt, so könnte dennoch dieser Beschluß erst nach Zustellung an alle Stellvertreter vollzogen werden. Ist ein Stellvertreter zwei Tage auf Dienstreise, verlängert sich dann noch die Frist. Die damit verbundene Verwaltungsaufblähung ist unvertretbar und im Hinblick auf die 115-jährige reibungslose Zusammenarbeit aufgrund der bisherigen Bestimmung, wonach nur der Börsekommissär zu verständigen ist, auch absolut nicht geboten.

ad § 54 Abs. 1 Z. 5

Die Zitierung in dieser Ziffer ist falsch. Welche Bestimmung allerdings zitiert werden wollte, läßt sich nicht herausfinden, da die Aussetzung des Handels im Gesetzesentwurf nicht geregelt ist.

ad § 56 Abs. 2

Der zweite Satz soll lauten:

"Die übrigen auf die Wertpapierbörse entfallenden Börseräte sind auf die Börsemitglieder der Fachverbände der Banken und Bankiers, der Sparkassen, der Raiffeisenkassen, der Landes-Hypothekenbanken und der Volksbanken entsprechend deren Beteiligung am Börsegeschäft aufzuteilen; jedem dieser Fachverbände ist jedoch zumindest ein Börserat zuzuordnen."

Begründung:

Die Aufteilung erfolgt nicht auf die Banken (also die Gesamtmitglieder) der einzelnen Fachverbände, sondern nur auf die Börsemitglieder der einzelnen Fachverbände. Die Differenz zwischen diesen beiden Personenkreisen ist insbesondere bei den Sparkassen und Raiffeisenkassen sehr hoch (so sind derzeit aus dem Raiffeisensektor nur vier Banken Mitglied der Wiener Börse).

Wie die Börseräte auf die einzelnen Fachverbände aufzuteilen sind, ist im Gesetzesentwurf nicht enthalten. Dies ist aber notwendig, um die Aufhebung des entsprechenden Teiles des Börsestatutes durch den Verfassungsgerichtshof wegen mangelnder gesetzlicher Determinierung zu vermeiden.

ad § 56 Abs. 3

Der erste Satz soll mit einem Strichpunkt schließen und als weiterer Satzteil soll angefügt werden: "... der auf die Wertpapiersensale entfallende Börserat wird von der Maklervereinigung (§ 47) entsandt".

Begründung:

Die Maklervereinigung kann, da sie ein Verein nach dem Vereinsgesetz 1951 ist und jeweils nur einer bestimmten Börse zugeordnet ist, nicht als Fachverband angesehen werden. Es bedarf daher diesbezüglich einer Sonderregelung.

ad § 56 Abs. 5 (neu)

Als Abs. 5 soll angefügt werden:

"(5) Der auf die Börsebesucher der Wertpapierbörse entfallende Börserat ist von allen Börsebesuchern der Wertpapierbörse zu wählen; § 3 Abs. 1 letzter Satz gilt nicht."

Begründung:

§ 3 Abs. 1 letzter Satz bestimmt, daß von mehreren Börsebesuchern, die ein Börsemitglied vertreten, nur einer mit einer Stimme das Wahlrecht ausüben kann. Diese Regelung ist durchaus zu begrüßen, würde aber, wenn sie auch auf den Börserat der Börsebesucher angewendet würde (und es läßt sich keine Auslegung finden, dies auszuschließen), dazu führen, daß dieser Börsebesucher nur von den 70 Börsemitgliedern gewählt wird und nicht von der Gesamtheit der etwa 350 Börsehändler. Nun ist aber dieser Börserat quasi der Betriebsrat der Börsehändler und diese seine Funktion erfordert es, daß er wirklich von allen Börsebesuchern der Wertpapierbörse gewählt wird.

ad § 56a

Als neuer § 56a soll eingefügt werden:

"§ 56a (1) Die im § 13 Abs. 1 angeführten Gebühren fließen in den Wiener Börsenfonds.

(2) Die im § 47 Abs. 2 angeführten Maklervereinigungen sind getrennt für die Abteilungen Wertpapierbörse und Warenbörse einzurichten, wobei die Mindestzahl von sieben Sensalen getrennt nach Wertpapiersensalen und Warensensalen zu rechnen ist."

Begründung:

Entsprechend der Allerhöchsten Entschließung vom 24. September 1860, die derzeit im Gesetzesrang steht, fließen praktisch alle Einnahmen in den Wiener Börsenfonds (dazu kommen noch die Beiträge nach dem Börsenfondsbeitragsgesetz). An diesem Rechtszustand sollte nichts geändert werden.

Da an der Wiener Börse zwei Abteilungen bestehen, könnte bei der Auslegung des § 47 Abs. 2 Zweifel entstehen, ob die Zahl von sieben Sensalen, die zwingend die Gründung einer Maklervereinigung nach sich zieht, für die Wertpapierbörse und die Warenbörse getrennt gerechnet wird oder nicht. Da jedoch die Warensensale mit den Wertpapiersensalen nichts gemeinsam haben, sollte dies auch im Gesetz für die Wiener

Börse klargestellt werden.

ad § 58 Abs. 1

Vor dem Wort "erfolgt" soll noch eingefügt werden "oder durch Zuruf".

Begründung:

Vor 1938 wurde neben den Sensalen noch in der Kulisse durch Zuruf gehandelt (die Sensale konnten die große Zahl von Aufträgen nicht bewältigen). Die Kulisse war eine offizielle Einrichtung und die Kulissenpapiere wurden mit Beschluß der Börsekammer festgelegt. Die in der Kulisse vorgefallenen Preise wurden bei der Kursfestsetzung berücksichtigt. Mit zunehmendem Börsegeschäft könnte die Kulisse wieder notwendig werden.

ad § 58 Abs. 3 und 4

Diese Absätze sollen lauten:

"(3) Die Zuteilung der Verkehrsgegenstände an die einzelnen Sensale erfolgt durch den Exekutivausschuß. Wenn an der betreffenden Börse eine Maklervereinigung (§ 47) besteht, ist diese vorher anzuhören."

"(4) Die Zuteilung der Verkehrsgegenstände an die einzelnen Freien Makler erfolgt durch den Exekutivausschuß nach Anhörung des von den Freien Maklern gewählten Börserates."

Begründung:

Die Börseleitung muß in der Lage sein, den Börsehandel optimal zu organisieren. Dazu gehört unter Umständen auch die Bestimmung, daß bestimmte Wertpapiere (z. B. Fließhandelspapiere) nur von einem Sensal betreut werden oder daß ein Sensal nur in einer bestimmten Anzahl von Wertpapieren vermittelt. Erfolgt die Zuteilung der Verkehrsgegenstände durch die Maklerkammer, dann hat die Börseleitung keine Möglichkeit, eine unzumutbare Verteilung (z. B. Häufung von stark gehandelten Papieren in einer Hand) zu verhindern. Es besteht dann die Gefahr, daß sich die Börsehändler vom Sensal abwenden und entweder untereinander oder über die Freien Makler handeln.

Dieselben Motive gelten auch für die Zuteilung der Verkehrsgegenstände an die Freien Makler.

Dadurch, daß in beiden Fällen die Anhörung der Maklervereinigung bzw. des Börserates der Freien Makler vorgeschrieben ist, wird verhindert, daß über die Köpfe der Beteiligten entschieden wird. Der Exekutivausschuß wird begründende Vorschläge dieser Personengruppen stets berücksichtigen.

ad § 59 Abs. 1

Der Abs. 1 soll lauten:

"(1) Die Börsekammer hat aus dem Kreise der Freien Makler bzw. bei Personengesellschaften des Handelsrechtes aus dem Kreise von deren Gesellschaftern und bei juristischen Personen aus dem Kreise von deren Geschäftsführern geeignete Personen als Vermittler zu bestellen, die die Vermittlung von Geschäften über die ihnen gemäß § 58 Abs. 4 zugeteilten Verkehrsgegenstände im Geregelter Freiverkehr durchzuführen haben. Die Börsekammer hat dafür zu sorgen, daß stets die dafür erforderliche Anzahl von Freien Maklern als Börsemitglieder zugelassen sind."

Begründung:

Das Wort "Freie Makler" hat eine Doppelbedeutung. Einmal bezeichnet es die Firmen, die eine Tätigkeit gemäß § 59 Abs. 2 ausüben und Mitglieder der Börsen sind, andermal die Vermittler; letztere sind aber zweifellos physische Personen. Nach der derzeitigen Fassung des § 59 Abs. 1 sind jedoch die Firmen die Vermittler. Damit könnte also jeder gewöhnliche Angestellte ohne die Qualifikation des § 19 Abs. 3 Vermittlergeschäfte an der Börse betreiben.

ad § 59 Abs. 2

Die Worte "... der an der Börse zugelassenen Verkehrsgegenstände ..." sollen durch die Worte "... von Verkehrsgegenständen gem. § 1 Abs. 2 ..." ersetzt werden. Außerdem soll dieser Absatz als Abs. 5 dem § 19 angefügt werden.

Begründung:

Nach der vorgeschlagenen Fassung dürfen die Freien Makler nur Verträge über die Anschaffung und Veräußerung der an der Börse zugelassenen Verkehrsgegenstände vermitteln. Damit wird jedoch ihr bisheriger Tätigkeitsbereich wesentlich eingeschränkt, weil sie derzeit auch berechtigt sind, nicht zum Börsehandel zugelassene Wertpapiere zu handeln und dafür sogar Taxen in den Zeitungen veröffentlichen. Eine Notwendigkeit, ihre Geschäftsbefugnis einzuschränken, besteht nicht.

Für die vorgeschlagene Verschiebung s. die Ausführungen zu § 19 Abs. 5.

ad § 61 Abs. 2

- a) Nach dem Wort "erheben" ist entweder ein Punkt oder ein Strichpunkt zu setzen;
- b) der dritte Satz hat zu lauten:

"Über solche Einwendungen hat der Präsident auf Grund der Orderlage der Sensale unverzüglich zu entscheiden."

Begründung:

- a) Das Satzzeichen ist grammatikalisch notwendig.
- b) Die Bestellung des Börsekommissärs zu der Person, die über Einwendungen entscheidet, hat zur Folge, daß der Börsekommissär auch über seinen eigenen Einspruch nach dem ersten Satz entscheidet (oder, falls dies nicht gemeint ist, bleibt offen, was mit dem Einspruch des Börsekommissärs geschieht). Darüber hinaus muß nach dieser Fassung der Börsekommissär vom Beginn der Börse bis mindestens eine Viertelstunde nach Schluß der Börse (also unter Umständen von 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr bei entsprechender Börsezeit) an der Börse anwesend sein, andernfalls Entscheidungen über die angeschriebenen Preise nicht erfolgen können. In der Praxis ist dies aber nicht der Fall. Der Börsekommissär ist in der Regel nur in der letzten halben Stunde der Börsenversammlung anwesend. Die Zuständigkeit sollte daher dem Präsidenten übertragen werden, der auch nach § 30 Abs. 1 grundsätzlich die Handelsaufsicht besitzt.

ad § 62 Abs. 2

Die Z. 8 soll lauten:

"8. ob das Geschäft ein Börsegeschäft oder ein außerbörsliches ist."

Begründung:

Die Begriffe "an der Börse" oder "außerhalb" gehen von einem örtlichen Börsebegriff aus (so auch die alte Definition des Börsegeschäftes im § 13 BörsG 1875 bzw. § 34 Abs. 1 des Entwurfes). Bei einem automationsunterstützten Handelssystem ist jedoch diese Definition nicht mehr zutreffend, weshalb der Entwurf im § 32 Abs. 2 eine weitergehende Definition des Börsegeschäftes enthält. Mit dieser zweiten Definition paßt aber die derzeitige Fassung der Z. 8 nicht überein.

ad § 63 Abs. 1

Dieser Absatz soll lauten:

"(1) Der Präsident kann jederzeit in die Auftragsbücher und Tagebücher der Vermittler Einsicht nehmen."

Begründung:

Der Präsident hat dieses Einsichtsrecht gemäß § 48 nur gegenüber den Sensalen. Es ist aber notwendig, daß er auch in die Bücher der Freien Makler Einsicht nehmen kann, ansonsten hier ein rechtsfreier und unkontrollierbarer Raum entsteht. Auch die Rechnungslegungspflicht der Freien Makler nach § 20 Abs. 4 erfordert dieses Einsichtsrecht. Überläßt man das Einsichtsrecht nur dem Börsekommissär, dann bleibt der gegenwärtige unbefriedigende Zustand, daß der Präsident Entscheidungen auf Grund von Ermittlungen anderer Personen führen muß, aufrecht.

Hingegen kann das Einsichtsrecht des Börsekommissärs und seiner Stellvertreter in die Bücher der Vermittler hier entfallen, da es bereits im § 51 Abs. 4 ausführlich geregelt ist und es hier nur eine (überflüssige) Wiederholung darstellt.

ad § 66 Abs. 1

a) Der zweite Satz soll gestrichen werden.

- b) Der letzte Halbsatz "...; der Berufung kommt jedoch keine aufschiebende Wirkung zu." ist zu streichen.

Begründung:

- a) Der zweite Satz ist überflüssig, da im § 52 Abs. 3 ein generelles Einspruchsrecht des Börsekommissärs gegen alle Beschlüsse von Organen der Börsekammer vorgesehen ist.
- b) Einer Berufung gegen einen Bescheid, mit dem einem Antrag nicht stattgegeben wird, kann schon per se keine aufschiebende Wirkung zukommen; diese braucht daher auch nicht ausgeschlossen werden.

ad § 66 Abs. 3

Die Zitierung hat zu lauten: "§§ 83 bis 86, 89, 92, 95 und 96, 99 und 100".

Begründung:

Die mitzitierten §§ 87 und 88 enthalten keine Pflichten für Emittenten amtlich gehandelter Wertpapiere, sondern nur für solche von im Geregelten Freiverkehr gehandelten. Desgleichen enthalten die mitzitierten §§ 93 und 94 keine Emittentenpflichten, sondern Aktionärspflichten. Dafür enthalten die nichtzitierten §§ 99 und 100 weitere Emittentenpflichten.

ad § 69 Abs. 1

Anstelle von "im Börsesaal" ist "an der Börse" einzusetzen.

Begründung:

Der Begriff "im Börsesaal" ist, wenn, wie im § 35 Abs. 1 vorgesehen, automationsunterstützte Handelssysteme eingerichtet werden, zu eng.

ad § 70 Abs. 1

Die Z. 1 wäre in Z. 6, die Z. 7 in Z. 6, die Z. 5 in Z. 8 und die Z. 8 in Z. 9 umzunummerieren.

Begründung:

Die Reihenfolge der Regelungsgegenstände im § 70 (Zulassungsvoraussetzungen zum Geregelten Freiverkehr), sollte

gleichlaufend sein mit der im § 68 (Zulassungsvoraussetzungen zum Amtlichen Handel).

ad § 70 Abs. 1 Z. 7

a) Z. 7 alt (Z. 6 neu) hat zu lauten:

"6. Die Stückelung der Wertpapiere, insbesondere die kleinste Stückelung und die Anzahl der in dieser Stückelung ausgegebenen Wertpapiere müssen den Bedürfnissen des Börsehandels und des anlage-suchenden Publikums Rechnung tragen."

b) Als Z. 7 ist einzufügen:

"7. Der Antrag auf Zulassung muß sich auf alle bereits begebenen Aktien derselben Gattung oder auf alle Wertpapiere derselben Emission beziehen; es können jedoch Aktien, die für eine bestimmte Zeit auf Grund gesetzlicher Bestimmung nicht gehandelt werden dürfen, von der Zulassung ausgenommen werden, wenn durch diese Ausnahme für die Inhaber der zuzulassenden Aktien keine Nachteile zu befürchten sind und im Prospekt (der Verlautbarung über die Zulassung) auf diese Ausnahme hingewiesen wird."

Begründung:

- a) Der Wortlaut im § 70 sollte mit dem Wortlaut im § 68, da er denselben Regelungsinhalt hat, übereinstimmen.
- b) Diese Bestimmung, die sich im § 68 Abs. 1 Z. 7 findet, ist auch für den Geregelter Freiverkehr notwendig.

ad § 78 Abs. 2

Der Absatz soll beginnen: "Der Exekutivausschuß kann von der Prospektpflicht befreien, wenn ...".

Begründung:

In den Abs. 1 und 3 ist jeweils ausgesprochen, wer die Befreiung von der Prospektpflicht erteilt. Diese Angabe fehlt im Abs. 2; außerdem werden durch die vorgeschlagene Fassung die Abs. 1, 2 und 3 gleich formuliert.

ad § 81 Abs. 2

Statt "Exekutivausschuß" soll "Präsident" gesetzt werden.

Begründung:

Die Festlegung des Notierungsantrages ist eine Vollzugshandlung und erfolgt in der Regel kurzfristig. Der Exekutivausschuß tritt aber normalerweise nur ein- bis zweimal im Monat zusammen; er eignet sich daher für eine solche Verwaltungshandlung nicht.

ad § 84 Abs. 2

Der Abs. 2 soll lauten:

"(2) Jeder Emittent anderer Wertpapiere als Aktien ist verpflichtet, bei der Erhöhung einer Emission, deren Wertpapiere bereits an der Börse amtlich notieren oder im Geordneten Freiverkehr gehandelt werden, innerhalb sechs Monate nach der Erhöhung die Einbeziehung dieser neu ausgegebenen Wertpapiere in den Börsehandel zu beantragen."

Begründung:

Insbesondere bei Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen kommt es immer wieder vor, daß das Emissionsvolumen in den folgenden Jahren erhöht wurde. Da diese Wertpapiere praktisch nur durch Sammelurkunden verbrieft werden, ist eine Trennung in an der Börse zum Handel zugelassenen Wertpapieren und solchen, die zum Handel nicht zugelassen sind, praktisch nicht möglich. Es werden daher alle Wertpapiere der Emission an der Börse gehandelt, obwohl ein Teil praktisch nicht in den Börsehandel einbezogen ist. Diese Lösung ist rechtlich unbefriedigend. Das Bundesministerium für Finanzen sieht bloß eine Verordnungsermächtigung vor, auf die jedoch die Börseleitung keinen Anspruch hat. Es sollte daher bereits im Gesetz die Verpflichtung ausgesprochen werden, daß der Emittent bei einer Aufstockung der Emission diese Aufstockung ebenfalls dem Börsehandel zuzuführen hat, damit ein gesetzwidriger Handel gar nicht möglich ist.

ad § 84 Abs. 6

Diese Bestimmung soll lauten: "Der Konventionalstrafvertrag kann vorsehen, daß der Emittent die Beschäftigung von Personen zu unterlassen hat, wenn diese aufgrund ihrer

Stellung beim Emittenten Insiderinformationen (Abs. 6) erlangen können und trotz Aufforderung durch die Börsekammer die Teilnahme am Konventionalstrafvertrag verweigern".

Begründung:

Die bloße Feststellung, daß die Beschäftigung der genannten Personen als vertragswidrig gilt, ermöglicht keine Sanktion. Durch die vorgeschlagene Neuformulierung wäre eine solche jedoch möglich.

ad § 85 Abs. 2

In der Z. 2 sind die Worte "oder Rundschreiben" zu streichen.

Begründung:

Die in Z. 2 vorgesehene Information der Aktionäre durch Rundschreiben ist bei einer börsennotierten Gesellschaft mit Inhaberaktien praktisch unvorstellbar und daher überflüssig.

ad § 85 Abs. 5

Abs. 5 hat zu lauten:

"(5) Die in den Absätzen 2 bis 4 vorgeschriebenen Informationen sind vom Emittenten gemäß § 84 zu veröffentlichen und überdies der Börsekammer unverzüglich zuzusenden; bei Änderungen der Satzung oder des Gesellschaftsvertrages ist der Mitteilung an die Börsekammer auch der Entwurf über die Änderung beizulegen."

Begründung:

Im § 89 fehlt jede Regelung, wie diese Informationen zu veröffentlichen und daß auch der Börse alle diese Informationen zuzuleiten sind (was z. B. bei Dividendenauszahlung für den Dividendenabschlag von Bedeutung ist). Gemäß Art. 17 der EG-Börsenzulassungsrichtlinie ist dafür die gleiche Vorgangsweise wie bei der Prospektveröffentlichung vorgesehen.

ad § 86 Abs. 2

In der Z. 2 sind die Worte "oder Rundschreiben" zu streichen.

Begründung:

Die in Z. 2 vorgesehene Information der Aktionäre durch Rundschreiben ist bei einer börsennotierten Gesellschaft mit Inhaberschuldverschreibungen praktisch unvorstellbar und daher völlig überflüssig.

ad § 86 Abs. 5

Abs. 5 hat zu lauten:

"(5) Die in den Absätzen 2 bis 4 vorgeschriebenen Informationen sind vom Emittenten gemäß § 84 zu veröffentlichen und überdies der Börsekammer unverzüglich zuzusenden; bei Änderungen der Satzung oder des Gesellschaftsvertrages ist der Mitteilung an die Börsekammer auch der Entwurf über die Änderung beizulegen."

Begründung:

Im § 90 fehlt jede Regelung, wie diese Informationen zu veröffentlichen und daß auch der Börse alle diese Informationen zuzuleiten sind. Gemäß Art. 17 der EG-Börsenzulassungsrichtlinie ist dafür die gleiche Vorgangsweise wie bei der Prospektveröffentlichung vorgesehen.

ad § 87

§ 87 hat zu lauten:

"§ 87 (1) Aktiengesellschaften, deren Aktien im Geregelten Freiverkehr gehandelt werden, müssen ihren Aktionären die gleiche Behandlung sicherstellen, sofern nicht auf Grund der besonderen Art einer Kategorie von Aktien oder auf Grund besonderer Verhältnisse einer Gruppe von Aktionären eine abweichende Behandlung aller Aktionäre, die sich in solchen besonderen Verhältnissen befinden, gerechtfertigt ist.

(2) Die Aktiengesellschaft muß alle Vorkehrungen treffen, um den Aktionären die Ausübung ihrer Rechte zu ermöglichen. Insbesondere hat sie

1. die Aktionäre über die Hauptversammlungen zu unterrichten und ihnen die Ausübung ihres Stimmrechts zu ermöglichen;

2. die Aktionäre durch Veröffentlichung über die Ausschüttung von Dividenden, die Begebung neuer Aktien, die Ausübung von Bezugs-, Umtausch- und Wandlungsrechten zu informieren.

(3) Die Aktiengesellschaft hat dem Publikum unverzüglich ihren jeweils letzten Jahresbericht und Geschäftsbericht zur Verfügung zu stellen. Erstellt die Gesellschaft gleichzeitig einen nicht konsolidierten und einen konsolidierten Jahresabschluß, so hat sie beide zu veröffentlichen, wenn nicht der Exekutivausschuß von der Veröffentlichung eines der beiden Jahresabschlüsse befreit, weil der nicht veröffentlichte Jahresabschluß keine wesentlichen zusätzlichen Informationen enthält.

(4) Die Aktiengesellschaft hat das Publikum unverzüglich zu informieren, wenn

1. Änderungen der mit den Aktien verbundenen Rechte eintreten;
2. wesentliche Änderungen gegenüber früher veröffentlichten Kapitalanteilsverhältnissen eintreten, sobald die Gesellschaft davon Kenntnis erlangt;
3. neue erhebliche Tatsachen in ihrem Tätigkeitsbereich eingetreten sind, die wegen ihrer Auswirkungen auf Geschäftsverlauf, Vermögens- oder Ertragslage zu einer wesentlichen Änderung der Kurse ihrer Aktien führen können. Der Exekutivausschuß kann jedoch von der Veröffentlichung bestimmter Informationen befreien, wenn dadurch die Schädigung berechtigter Interessen der Gesellschaft verhindert werden kann.

(5) Die in den Absätzen 2 bis 4 vorgeschriebenen Informationen sind vom Emittenten gemäß § 84 zu veröffentlichen und überdies der Börsekammer unverzüglich zuzusenden; bei Änderungen der Satzung oder des Gesellschaftsvertrages ist der Mitteilung an die Börsekammer auch der Entwurf über die Änderung beizulegen.

(6) Die Pflichten von Aktiengesellschaften gemäß Abs. 1 bis 5 sind sinngemäß auf die Emittenten von Partizipations-scheinen (§ 12 Abs. 6 KWG) anzuwenden. Für die Dauer der amtlichen Notierung von Zertifikaten, die Aktien vertreten, sind die Pflichten der Abs. 1 bis 5 auch von Emittenten von Aktien zu erfüllen, deren Aktien durch Zertifikate vertreten werden."

Begründung:

Der derzeitige Text des § 91 stammt aus der Verpflichtenden Erklärung der Wiener Börsekammer und stimmt in keiner Weise mit dem § 89, der die Pflichten der Emittenten amtlich notierter Aktien regelt, überein. Da grundsätzlich im Gesetzesentwurf die Tendenz besteht, Amtlichen Handel und Geregelten Freiverkehr gleich zu behandeln, müßten auch die Pflichten der Emittenten von Aktien im Geregelten Freiverkehr grundsätzlich gleich mit denen von Aktien im Amtlichen Handel sein.

ad § 88

§ 88 hat zu lauten:

"§ 88 (1) Emittenten von amtlich notierten Schuldverschreibungen haben den Gläubigern derselben Anleihe die gleiche rechtliche Behandlung zu gewährleisten. Dies gilt jedoch nicht für vorzeitige Rücknahmeangebote, soweit diese den Emissionsbedingungen entsprechen oder auf Grund bundesgesetzlicher Vorschriften zulässig sind.

(2) Der Emittent muß alle Vorkehrungen treffen, um seinen Anleihegläubigern die Ausübung ihrer Rechte zu ermöglichen. Insbesondere hat er durch Veröffentlichung oder Rundschreiben über Zinszahlungen und die Ausübung von Umwandlungs-, Austausch-, Zeichnungs- und Kündigungsrechten sowie gegebenenfalls über die Abhaltung von Versammlungen der Inhaber der Schuldverschreibungen zu informieren.

(3) Besteht für ausländische Emittenten in ihrem Sitzstaat eine Veröffentlichungspflicht für ihren Jahresabschluß, so sind die Jahresabschlüsse auch in Österreich zu veröffentlichen. Erstellt der Emittent gleichzeitig einen nicht konsolidierten Jahresabschluß, so ist § 89 Abs. 3 anzuwenden.

(4) Der Emittent hat das Publikum unverzüglich zu informieren, wenn neue erhebliche Tatsachen in seinem Tätigkeitsbereich eingetreten sind, seine Fähigkeiten beeinträchtigen können, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Der Exekutivausschuß kann jedoch von der Veröffentlichung bestimmter Informationen befreien, wenn dadurch die Schädigung berechtigter Interessen des Emittenten verhindert werden kann.

(5) Die in den Absätzen 2 bis 4 vorgeschriebenen Informationen sind vom Emittenten gemäß § 84 zu veröffentlichen und überdies der Börsekammer unverzüglich zuzusenden; bei Änderungen der Satzung oder des Gesellschaftsvertrages ist der Mitteilung an die Börsekammer auch der Entwurf über die Änderung beizulegen."

Begründung:

Der derzeitige Text des § 92 stammt aus der Verpflichtenden Erklärung der Wiener Börsekammer und stimmt in keiner Weise mit dem § 90, der die Pflichten der Emittenten amtlich notierter Schuldverschreibungen regelt, überein. Da grundsätzlich im Gesetzesentwurf die Tendenz besteht, Amtlichen Handel und Geregelten Freiverkehr grundsätzlich gleich zu behandeln, müßten auch die Pflichten der Emittenten von Schuldverschreibungen im Geregelten Freiverkehr grundsätzlich gleich mit denen von Schuldverschreibungen im Amtlichen Handel sein.

Im übrigen sollte im Gesetzestext auch darauf geachtet werden, daß die Wertpapierarten immer gleich bezeichnet werden (so heißt es in der Überschrift zum § 90 "Schuldverschreibungen" und in der zum § 92 "festverzinsliche Wertpapiere", womit bei letzterer die Null-Kupon-Anleihen oder die Floater nicht erfaßt wären).

ad § 97

Dieser Paragraph soll gestrichen werden.

Begründung:

Zunächst einmal ist in diesem Paragraph eine Vermengung der Begriffe "Finanzterminkontrakte" und "Terminhandel"

eingetreten. Termingeschäft ist der Gegensatz zum Kassageschäft. An der Wiener Börse ist jedes Geschäft, das nach dem zweiten Montag des Geschäftstages erfüllt wird, ein Termingeschäft (in Deutschland ist ein Termingeschäft bereits jedes Geschäft, das später als am dritten Tage nach Geschäftsabschluß erfüllt werden muß). Geschäfte mit hinausgeschobenem Erfüllungstermin liegen in aller Regel keine aleatorischen Momente zugrunde, sondern Schwierigkeiten in der Beschaffung der Wertpapiere (diese müssen z. B. erst aus dem Ausland ins Inland gebracht werden, was eine längere Zeit in Anspruch nimmt). Solche Geschäfte würden nach der derzeitigen Terminologie des § 97 daher nur mehr mit der Zustimmung des Emittenten möglich, was eine schwere Beeinträchtigung des Wertpapierhandels bedeutet.

Für Finanzterminkontrakte ist eine Zustimmung des Emittenten ex definitione nicht möglich, weil sich diese auf Indices beziehen und hier ein Emittent nicht gegeben ist. Daher kann dieser Paragraph bestenfalls für Optionen gelten.

Aber auch für die Optionsgeschäfte ist die vorgesehene Zustimmung des Emittenten abzulehnen. Es besteht die Gefahr, daß dann Emittenten, die zum Konzernbereich einer Bank gehören, diese Zustimmung nur geben, wenn der Antrag von der Konzernbank gestellt wird. Weiters ist zu befürchten, daß Emittenten ihre Zustimmung verweigern bzw. an unerfüllbare Bedingungen knüpfen (z. B. nur Hausse- aber keine Baisseoptionen). An allen großen internationalen Börsen sind die Börseleitungen in der Einführung des Optionenhandels frei. Es läßt sich auch kein Grund für diese Beschränkung finden. Die in den erläuternden Bemerkungen angeführten Motive (Schutz der österreichischen Aktiengesellschaft und ihrer Aktionäre vor technischen Kursschwankungen) kann als Argument gegen den Optionenhandel angeführt werden, wird aber durch die Zustimmung des Emittenten nicht beseitigt.

Die Bestimmungen des Abs. 3 sind überflüssig, weil sie sich bereits aus den entsprechenden Bestimmungen des Entwurfes ergeben.

ad § 98 Abs. 1

Als neue Z. 1a und 1b sollen eingefügt werden:

"1a. (Zu § 13 Abs. 2)

Die Börsekammer der Wiener Börse hat die im § 13 Abs. 2 vorgesehene Gebührenordnung bis 30. Juni 1990 zu erlassen. Bis dahin bleibt die vom Finanzausschuß erlassene Gebührenordnung in Kraft."

"1b. (Zu § 14 Abs. 2)

Die Vorschriften über den Rechnungsprüfer sind erstmals auf den Rechnungsabschluß 1990 anzuwenden."

Begründung:

Die Erlassung einer Gebührenordnung durch die Vollversammlung benötigt eine entsprechende Zeit für die Vorbereitung und für den Zusammentritt der Vollversammlung. Dies kann nicht am 1. Dezember 1989 geschehen, weshalb, um bei den Gebühren einen gesetzlosen Zustand zu vermeiden, eine entsprechende Übergangsregelung getroffen werden muß.

Der Rechnungsabschluß 1989 muß spätestens Ende Februar/Anfang März von der Vollversammlung geprüft werden. In der kurzen Zeit zwischen Inkrafttreten des Börsegesetzes und diesem Termin ist es nicht möglich, einen Rechnungsprüfer zu bestellen und eine sinnvolle Rechnungsprüfung durchzuführen.

ad § 98 Abs. 1 Z. 4

Der Z. 4 soll angefügt werden:

"Die Bestimmungen des § 1 Abs. 2 Z. 7 und die des 8. Abschnittes des ersten Buches des Handelsgesetzbuches vom 10. Mai 1887, deutsches RGBI S. 219, finden auf Börsesensale keine Anwendung."

Begründung:

Diese Bestimmung, die sich bereits jetzt im § 29 des Börsesensalegesetzes findet, ist zur Rechtssicherheit notwendig, um zu vermeiden, daß Börsesensale als Kaufleute angesehen werden und dem Handelsgesetzbuch unterworfen werden.

ad § 98 Abs. 1 Z. 7

Statt "28. Februar 1990" ist "28. Februar 1991" zu schreiben.

Begründung:

Schreibfehler (da die Funktionsperiode bis 31. Dezember 1990 dauert, kann die Wahl der Präsidenten und Vizepräsidenten erst am Beginn des Jahres 1991 stattfinden).

Zu den Anlagen I und J ist zu überlegen, ob zwischen den Prospektvorschriften für den Amtlichen Handel und denen für den Geregelten Freiverkehr eine derartig große Informationsdifferenz bestehen soll (die Prospektvorschriften für den Geregelten Freiverkehr sind im Vergleich zu denen im Amtlichen Handel sehr dürftig).

-.--.-.-.-.-.-